

nachrichten

Abnahme von Fingerabdrücken an Berufsschulen

An jeder der insgesamt 117 öffentlichen und privaten Berufsschulen in Bangkok und Umgebung werden demnächst Schüler überwacht, die in eine kämpferische Auseinandersetzung mit anderen Schulen verwickelt waren. Sie werden fotografiert, ihnen werden Fingerabdrücke abgenommen und in einer eigens angelegten, akribisch geführten Kartei gespeichert.

Der Generalsekretär der Berufsschulkommission, Weerasak Wongsombat, argumentierte, dass eine solche Akte der Polizei bei entsprechenden Ermittlungen wichtige Hinweise zu möglichen Tätern geben könnte. Individualistische Bedenken zerstreute er mit der Anmerkung, vertrauliche Daten würden nicht an Dritte weitergegeben. »Wir werden [den Schülern] nicht zuhören, wenn sie sagen, dies sei eine Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte«, so der Generalsekretär hierzu wörtlich. Zwar werden von Neuzugängen Fotografien angefertigt, Fingerabdrücke werden indes nicht abgenommen.

Der Menschenrechtsbeauftragte Wasan Panich, sieht das anders: »Die Schüler werden behandelt, als wären sie Verbrecher.« Die Maßnahmen der Berufsschulkommission verletzen dennoch die Persönlichkeitsrechte und die Würde der Schüler. Als Lösung der Gewalt schlug er vor, die Unterrichtsqualität sowie die Aufsicht an allen auffälligen Schulen zu verbessern, anstatt zu solchen Maßnahmen zu greifen.

vgl. Bangkok Post, 11.5.2005

Vizedirektor klagt Sicherheitspolitik im Süden an

Der Vizedirektor des Resorts Innere Sicherheit, Pallop Pinmanee, kritisierte die National Reconciliation Commission (NRC), die für die Sicherheit im Süden verantwortlich ist. Sie sei dermaßen mit den Bedürfnissen »der kleinen Leute« beschäftigt, dass sie den Blick über die Gesamtsituation im Süden verloren habe. Dies könne zu einem Konflikt mit dem Militär führen, das schließlich gegen die Aufständischen kämpfe und somit Opfer zu verzeichnen hat. Anstatt sich um Belange wie die Aufforderung zur Aufhebung des Kriegsrechts oder die Forderung nach Freilassung verhafteter Muslime zu kümmern, solle sich die Kommission mit den eigentlichen Problemen, der Gewalteskalationen, befassen. Das Kriegsrecht müsse aufrechterhalten werden, bis neue, die Situation berücksich-

tigende, Gesetze verabschiedet werden.

Er spielt mit diesem Hinweis auf die Überprüfung eines neuen Sicherheitsgesetzes seitens der Regierung an, das nationale, trans- und internationale Sicherheitsinteressen in ein gemeinsames Paket schnüren soll – ähnlich den deutschen Anti-Terror-Gesetzen. Bisherige Debatten scheiterten an der Befürchtung, dem Militär würden zu viele Rechte eingeräumt. Pallop – in seiner Nebenfunktion als Berater des Verteidigungsministers – plagen solche Bedenken freilich nicht. Doch räumt er ein, dass die Implementierung eines solchen Gesetzes Probleme mit sich bringe, die von der Regierung zu lösen seien. Innenminister Chidchai Wannasathit bemerkte hierzu, das neue Gesetz würde dem Kampf gegen den

Terrorismus im In- und Ausland zusätzliche Gewichtung verleihen sowie eine Reihe von Regelungen, transnationale Kriminalität betreffend, beinhalten. Wenn Thailand sich schon »mit dem Terrorismus abfinden [muss], müssen wir unser nationales Sicherheitssystem verbessern«, erklärte Chidchai.

vgl. Bangkok Post, 11.5.; The Nation, 12.5.2005

Wieder Opfer bei Anschlägen

In einem erneuten Ausbruch der Gewalteskalationen im muslimisch dominierten Süden kamen am 10. Mai 2005 fünf Zivilisten um. In vier verschiedenen Gebieten im Süden Thailands griffen die Täter ihre Opfer von Motorrädern aus an und töteten sie. Die Morde geschahen tagsüber auf offener Straße, die Angreifer konnten vorerst fliehen. Zwei der Opfer befanden sich ihrerseits auf einem Motorrad und waren gemeinsam auf dem Weg zur Arbeit. Die Angreifer stellten sie an einer Kreuzung und streckten sie nieder, bevor sie selbst flohen. Unter den Opfern waren ein Arzt, ein Sicherheitsbeamter und zwei Dorfbewohner. Das fünfte Opfer, ein Lehrer, wurde von zwei Motorradfahrern angefahren, bevor er erschossen wurde.

Bei einer weiteren Explosion starben zwei thailändische Marinesoldaten, acht weitere wurden verletzt. Der Sprengkörper wurde an einer vielbefahrenen Route der Truppen im Süden angebracht; ob die Detonation per Fernauslöser oder Sensor erfolgte, ist noch unklar, so Polizeileutnant Surachai Khanthapanam.

vgl. Independent Bangladesh, 10.5.; Bangkok Post, 10.5.; The Star, 13.5.2005

Demokraten fordern mehr Demokratie

Die thailändische Democrat Party (Opposition) gab Ende April 2005 bekannt, die Regierung veranlassen zu wollen, die Verfassung zu ändern. Es soll politischen Parteien nicht mehr erlaubt werden, die Personenbesetzung von Regierungskommissionen, wie zum Beispiel der Wahlkommission oder des Verfassungsgerichtes, zu beeinflussen. Der Parteichef der Demokraten, Abhisit Vejjajiva, sagte, dass seine Partei einen entsprechenden Vorschlag ausarbeite und der Regierung vorlegen wolle. Außerdem suche er Unterstützung von Senatoren und allen anderen Parteien. Abhisit verlangt einen solchen Schritt, da er fürchtet, die Regierung könne konforme Personen einsetzen und somit die Unabhängigkeit der Staatsgewalten unterminieren.

Die Regierung wehrte eine Stellungnahme mit dem Hinweis ab, dass derzeit kein Bedarf an einer Verfassungsände-

rung bestehe. Im Gegenteil unterstütze die gegenwärtige Verfassung die Unabhängigkeit der Gewalten, da jede Partei – entsprechend ihren Abgeordneten – die Mitglieder nominiert. In der Realität bedeutet es indes durchaus Demokratieprobleme, da Thailands Regierung bisher immer seine Interessen gegen die Demokraten durchzusetzen – auch in diesen Kommissionen, so Abhisits Antwort. Er bat alle Senatoren zu bedenken, dass eine Verfassungsänderung auch die Korruption in diesen Gremien eindämmen könne.

Vizepremier Vishanu Kruangam, selbst Jurist, stellte hierzu fest, die Regierung würde die angesprochene Problematik und ihre Auswirkungen auf die Autoritäten der Kommissionen überprüfen, doch dies sei derzeit keine »besonders wichtige Angelegenheit«.

vgl. BBC, 11.5., Bangkok Post, 28.4.2005

Immer noch Korruption bei Polizei

Eine weit angelegte Studie von Sungsidh Piriyarangsarn, Experte auf dem Gebiet der Schattenwirtschaft und Mafia, ergab, dass allein im Jahr 2003 etwa 31 Milliarden Baht (615,8 Millionen Euro) illegal in die Taschen der Staatsbeamten flossen; mehr als drei Viertel der Gelder stammt aus illegalen Casinos und Spielhöhlen. Den Grund für die erschreckende Zunahme der Korruption unter den Polizisten sieht ein Angestellter des Instituts für soziale und wirtschaftliche Forschungen der Dhurakijbundit-Universität, Sungsidh Piriyarangsarn, in der Vorgehensweise der Regierung gegen die so genannte »graue« Wirtschaft. Diese beinhaltet in Grauzonen des Rechts angesiedelte Branchen wie Glücksspiel und Prostitution. Zwar sind diese seit langer Zeit verboten oder standen unter strengen Regeln, befolgt wurden die Gesetze indes selten. Die Betreiber wurden häufig – auch gegen Aufpreis – geduldet.

Sungsidh kritisiert nun, dass die Regierung zwar die Gesetze verschärft und mehrere Kampagnen – mehr oder minder erfolgreich – gestartet, aber das Bewusstsein der Gefahr solcher Branchen nicht vehement genug verbreitet hat. So führen viele Betreiber ihre Casinos und Bordelle weiter wie bisher, nur dass die Bestechungsgelder höher geworden sind.

Eine weitere Studie von mehreren Akademikern erbrachte konkrete Zahlen: Demnach haben mehrere Inspektoren des *Metropolitan Police Bureau* in Bangkok jährlich zwischen 300.000 und einer Million Baht (6.000 Euro bis 20.000 Euro) zusätzlich erhalten. Je niedriger der Rang in der Polizei-Hierarchie, desto geringer auch die Nebenverdienste: Ein einfacher Beamter verdient somit »nur noch« etwa 5.000 Baht (100 Euro) an illegalen Gehältern.

vgl. Bangkok Post, 12.5.2005

Wirtschaftsbeziehungen

Eine Delegation aus elf Bahreinschen Abgesandten aus Politik und Wirtschaft nahm an der Thaifex World of Food Asia 2005 teil. Die Thaifex ist eine der ökonomisch wichtigsten Messen Thailands, dessen Export immerhin zu einem großen Teil aus der Ausfuhr von Lebensmitteln besteht. Der thailändische Botschafter in Bahrain, Widhya Bhoolsulwan war sich daher bereits im Vorfeld sicher, dass »der Besuch [...] Bahreinschen Geschäftsleuten helfen [wird], Kontakte mit thailändischen und internationalen Lebensmittelkonzernen zu knüpfen oder zu intensivieren.« Außerdem trafen die mitgereisten Geschäftsleute, allesamt aus der Lebensmittelindustrie, zuständige Minister

und besuchten gemeinsam mit ihnen die Halfex (Halal Food Exhibition), die parallel zur Thaifex lief. Die beiden wichtigen Messen zogen insgesamt etwa 1.700 Aussteller von 780 nationalen und internationalen Unternehmen der Lebensmittelbranche an.

Im Gegenzug besuchten thailändische Beauftragte der Federation of Thai Industries (FTI) Bahrain, um das neue Thai Business Centre in Manama zu eröffnen. Der Handel zwischen beiden Staaten hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen und belief sich Ende 2004 auf ein Volumen von rund 115,5 Millionen Euro.

vgl. Bangkok Post, 16.5.; Gulf Daily News, 16.5.2005

Königshaus lässt Nachwuchs feiern

Das thailändische Königshaus erteilte der Stadt Bangkok in einem offiziellen Akt die Erlaubnis, die Geburt des Sohnes von Kronprinz Maha Vajiralongkorn zu feiern. Der am 29. April 2005 im Siriray Krankenhaus geborene royale Nachfolger darf nun in einer feierlichen Prozession dem Volk gezeigt werden. Kronprinz Maha zeigte sich zudem einverstanden, den Organisatoren der

Bangkok Metropolitan Administration (BMA) einen vergoldeten Fußabdruck seines Sohnes zur Verfügung zu stellen. Dieser soll ebenfalls am Tag der Feier gezeigt werden, bei der neben der eigentlichen Prozession traditionsreiche Tänze und Riten aufgeführt werden sollen.

vgl. Bangkok Post, 11.5.; The Nation, 12.5.2005

Gemeinsame Grenzpatrouillen

Am 10. Mai 2005 patrouillierten erstmals 72 thailändische und malaysische Soldaten gemeinsam an den Grenzgebieten im Süden Thailands. Von nun an werden bis zum 4. September dieses Jahres jeweils 36 Soldaten aus beiden Ländern gemeinsam wohnen und ein 110 Kilometer langes Grenzgebiet der Provinz Narathivat überwachen.

Der Kommandant der malaysischen Truppe, Brigadegeneral Mahadi Yussuf, sagte, dies sei eine »sehr effektive Zusammenarbeit. Die gemeinsamen Patrouillen sollten solange fortgesetzt werden, bis die Sicherheit der Grenze zwischen Thailand und Malaysia

gewährleistet ist.« Oberst Preecha Playuwong, Kommandant der thailändischen Soldaten, assistierte ihm mit der Feststellung, die gemeinsamen Patrouillen würden vor allem grenzübergreifender Kriminalität wie Drogenhandel und überregionalen Separatistengruppen Einhalt gebieten. Er bekräftigte, dass Thailand seine inneren Angelegenheiten selbst lösen könne, die Kooperation mit Malaysia indes den Kampf gegen trans- und internationale Kriminalität stärke.

vgl. Bangkok Post, 11.5.; AP, 10.5.2005

nachrichten

Dengue-Fieber

Nachdem ein 13-jähriger Junge dem Dengue-Fieber erlag, fürchten Zuständige des Gesundheitswesens, dass die gefürchtete ansteckende Krankheit epidemische Ausmaße annehmen könnte. Dr. Thawat Suntarachan, Generaldirektor des Seuchenkontrollzentrums im Gesundheitsministerium, zählt inzwischen 6.689 Infektionen und 13 Tote in 2005. Dem gegenüber stehen 4.000 Ansteckungen und 51 Tote in 2004. Um den enormen Zugang der Erkrankungen einzuschränken, müsse die Regierung stehende Gewässer austrocknen, in denen Moskitos gedeihen, die die Krankheit verbreiten. »Wir sind äußerst besorgt, dass die Öffentlichkeit immer noch nicht die Gefahr einer solchen (möglichen) Epidemie erfasst hat«, so der Mediziner weiter. »Fast niemand trifft entsprechende Schutzmaßnahmen«, die Regierung müsse hier einlenken und Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Das Dengue-Fieber, auch als Sieben-Tage-Fieber bekannt, beginnt in der Regel mit hohem Fieber (bis 41°C), Schüttelfrost; die Symptome ähneln denen einer Grippe, können aber auch leichte innere Blutungen mit sich bringen. Zwar kann die Krankheit in etwa zwei Wochen auskuriert werden, einige Fälle verlaufen dennoch – auch aufgrund unzulänglicher medizinischer Vorsorge und Behandlung – tödlich. Vor allem Hämorrhagisches Dengue-Fieber, akutes Schocksyndrom mit inneren Blutungen, ist tödlich. Hier liegt die Sterberate bei etwa 50 Prozent.

vgl. The Star, 11.5.2005